

LASSEN SPIELSÜCHTIGE IM STICH

Abkassieren



cc flickr/Hazboy

Novomatic und Co dürfen sich freuen. Der Nationalrat hat ein Glücksspielgesetz beschlossen, das den Euro für die Branche rollen lässt. Spielsüchtige und deren Familien bleiben übrig. Wunder ist der grausliche Beschluss keines, denn Novomatic zeigte sich sehr großzügig gegenüber SPÖ und ÖVP und deren Sub-Organisationen. Zudem arbeitet dort Ex-Innenminister Schlögl (SPÖ). Und EU-Kommissar Hahn (ÖVP) war dort Spitzenmanager.

übergeben. Die SPÖ versprach Verbesserungen zuzustimmen. Die wichtigsten Forderungen sind: Einhaltung des Höchsteinsatzes von 50 Cent, ausreichende Mindestspieldauer, Erhöhung der Abgabe auf Automaten zumindest auf Wiener Niveau.

SPÖ und ÖVP profitieren vom Glücksspiel

Das Land konnte sich zu keiner Verbesserung durchringen. Kein Wunder, lassen die Glücksspielkonzerne den Großparteien doch Zuwendungen etwa in Form von Inseraten zukommen. Wichtige Funktionäre haben enge Kontakte zur Novomatic, deren Chef Johann Graf mit einem Vermögen von 4 Milliarden Euro einer der reichsten Österreicher ist.

Ein Erfolg für die KPÖ war, dass wenigstens die Abgaben auf die noch bis 2015 bewilligten Automaten erhöht wurden. Aber dann werden alle Verschlechterungen durchschlagen. Deshalb stellte die KPÖ den Antrag, keine Konzessionen für Spielautomaten zu erteilen und ein Werbeverbot zu erlassen. SPÖ und ÖVP lehnten beide Anträge ab.

Für Totalverbot in der Steiermark

Wenn eine Regulierung des Kleinen Glücksspiels unmöglich gemacht wird, bleibt nur ein Ausweg: Das Totalverbot des Kleinen Glücksspiels in der Steiermark, wie in Oberösterreich, Salzburg, Burgenland, Tirol und Vorarlberg. Dafür wird sich die KPÖ einsetzen!

3,7 MIO EURO Partei-Stiftungen

Die Landesamtsdirektion durchleuchtete Förderungen, die an Unternehmen oder Stiftungen gingen, an denen eine Partei beteiligt ist.

Werner Murgg (KPÖ-Landtagsabgeordneter): „Die SPÖ-Stiftung hat vom Land gewaltig profitiert.“



Die SPÖ hat seit 2005 „ihren“ Unternehmen fast 3,7 Mio. Euro zukommen lassen. Das zeigte ein Bericht der Landesamtsdirektion, die bei allen im Landtag vertretenen Parteien nachforschte.

Spitzenreiter mit einem Zuschuss von fast 1,4 Mio Euro war die EPO-Filmproduktions-gmbH.; das Geld gab es für die Produktion des Films „Geliebter Johann, geliebte Anna“. Die Filmfirma gehört zu 49 Prozent dem Filmemacher Dieter Pochlatko, der Rest ist im Eigentum „Media Süd-Ost Beratungs- und Beteiligungs-gmbH. Nfg. & Co KG“. Dort ist

die Leykam Medien AG beteiligt. Und die wiederum gehört zu 76,9 Prozent der „Zukunft Steiermark Privatstiftung“ – die Parteistiftung der SPÖ.

Überhaupt wurde die SPÖ-nahe Leykam Medien AG gut mit öffentlichem Geld versorgt. 870.000 Euro gingen direkt an das Unternehmen, „insbesondere für den Ankauf von Büchern, Fachliteratur sowie Zeitungsabonnements für das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, die Bezirksbehörden und den Unabhängigen Verwaltungssenat“.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Volksrechtgesetz: Mehr direkte Demokratie für Steirer

Das „Steiermärkische Volksrechtgesetz“ ermöglicht es engagierten Bürgerinnen und Bürgern Volksbegehren auf Gemeinde- und Landesebene durchzuführen. Allerdings wurde es in Jahr 2005 dahingehend verschärft, dass jede unterstützende Unterschrift im Gemeindeamt bestätigt werden musste. Damit wurde die Nutzung der direkten Demo-

kratie wie Volksabstimmung oder Volksbefragung faktisch abgewürgt. Diese Regelung wurde nun zurückgenommen. KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenecker: „Durch die Rücknahme der verunglückten Bestimmungen lässt der Landtag endlich wieder mehr Mitbestimmung in zu. Für diese Verbesserung haben wir seit unserem Einzug in den Landtag gekämpft.“